

Ägyptisch-Deutscher Dialog 2003 – 2009

Ziele, Inhalte und Resultate. Eine gemeinsame Erklärung *

Einleitung

Seit Anfang des 21. Jahrhunderts wird die Welt durch die Konfrontation zwischen arabischen Ländern einer- und westlichen Ländern andererseits in Atem gehalten. Im Westen wird der Mittlere Osten als Brutstätte für Terroristen und den Terrorismus angesehen. Einige der politischen und religiösen Kräfte im Mittleren Osten, die nach Demokratie und Entwicklung suchen, empfinden eine Art globaler westlicher Verschwörung gegen den Islam und die Muslime, obgleich sich in den letzten wenigen Monaten Hoffnungen auf stärker multilaterale Zugänge verstärkt haben. Wenn sie Realität gewinnen, könnten sie den Weg für größere Teilhabe im Rahmen des internationalen Systems bereiten.

Seit den terroristischen Angriffen des 11. September 2001 hat sich das Konzept des „clash of civilisations“ als mehr herausgestellt als nur eine Idee oder ein Streit um Worte. Es existiert eine starke Auffassung, dass diese Auseinandersetzung die Spannungen im Mittleren Osten augenscheinlich verschärft hat. Das ungelöste Palästina-Problem und die fortdauernden Missverständnisse zwischen Arabern und der westlichen Welt treffen auf ein wachsendes Bewusstsein religiöser, ökonomischer und politischer Instabilität rund um den Globus.

In dieser Situation haben die Koptische Evangelische Vereinigung für Soziale Dienste (Coptic Evangelical Organisation for Social Services, CEOSS)¹ und die Evangelische Akademie Loccum (EAL)² sich darauf verständigt, dass sie diese Entwicklung nicht vernachlässigen oder ignorieren dürfen. Sie entschlossen sich im Jahr 2003, eine Dialog-Initiative ins Leben zu rufen und eine Plattform für den Dialog zwischen Muslimen und Christen zu schaffen, trotz der Anfechtungen, die sich aus der Invasion des Irak aufdrängten.

Beide Organisationen sehen den Dialog als Alternative zur Gewalt. Im Dialog können Völker ihre unterschiedlichen Kulturen bewahren und in Frieden und Harmonie miteinander leben, Bereiche von Übereinkunft und Verständigung identifizieren, ebenso wie Bereiche von abweichender Meinung und Missverstehen – in einem Prozess, der Gewalt ausgrenzt und hilft, gemeinsame Wahrnehmungen aufzubauen, die sich auf konstruktive und fruchtbare Koexistenz gründen.

Unseren Bemühungen, den Dialog zu fördern, sowohl innerhalb Ägyptens und Deutschlands als auch zwischen beiden Ländern, liegt die Überzeugung zugrunde, dass es keinerlei religiöse Legi-

* Diese Erklärung wurde während der 7. Dialogbegegnung vom 4.-10. Mai 2009 in Loccum diskutiert und verabschiedet.

¹ CEOSS ist eine christliche, ägyptische Entwicklungsorganisation, die 1950 gegründet wurde und beim Ministerium für Soziale Solidarität registriert ist. 1992 richtete CEOSS neben den Hauptaktivitäten im Bereich umfassender und nachhaltiger Entwicklungsarbeit das Forum für Interkulturellen Dialog ein, um kulturelle und soziale Verständigung und Frieden auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene zu fördern.

² Die Evangelische Akademie Loccum ist ein Dialog- und Tagungszentrum der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers, das auf nationaler und internationaler Ebene mit unterschiedlichen Akteuren an Problemlösungsstrategien arbeitet.

timation für Gewalt gibt, und dass der Dialog Möglichkeiten für besseres Verstehen und Kooperation schafft.

Der Ägyptisch-Deutsche Dialog ist bedeutsam für beide Seiten. Auf deutscher Seite erscheint es als wichtig, die ägyptischen Erfahrungen des muslimisch-christlichen Zusammenlebens zu erforschen. Auf ägyptischer Seite hilft der Dialog zu Einblicken in das Staat-Religionen-Verhältnis in säkularer Perspektive. Hier liegt gegenwärtig ein Kernproblem der demokratischen Entwicklung in Ägypten. Das deutsche Modell von Säkularität erweist sich als attraktiv für Intellektuelle in Ägypten bei ihrem Versuch, ein Verfahren der Versöhnung zwischen Religion und Staat im öffentlichen Diskurs zu finden. Teilnehmer der Dialogbegegnungen schrieben zum Beispiel Artikel über den säkularen Staat in Deutschland, der die Rolle der Religion nicht übergeht, indem er elementare Menschenrechte wie Glaubensfreiheit, Meinungsfreiheit und das Recht auf Versammlungsfreiheit schützt.³

Ziele des Ägyptisch-Deutschen Dialogs

Der Ägyptisch-Deutsche Dialog zielt darauf

- das Bild von und die negative Rhetorik über westliche Staaten da zu verändern, wo diese als in eine Verschwörung gegen den Islam verwickelt gesehen werden und ebenso das Bild von Muslimen, das sie alle als Befürworter von Gewalt und Terrorismus zeichnet;
- Vorurteile und Stereotypen zu verringern;
- kulturelle und soziale Faktoren zu benennen, die gesellschaftliche Spannungen hervorrufen könnten;
- Brücken zwischen Kulturen zu bauen und Erfahrungen auszutauschen;
- Fragen von gesellschaftlicher Vielfalt und sozialer Gruppierungen anzusprechen, die Einfluss auf demokratische Entwicklungsprozesse haben;
- den internationalen Dialog zwischen den Beteiligten zu Themen wie "Citizenship", Demokratie, Menschenrechte und Modernisierungsprozesse zu fördern;
- ein positives Modell für andere interkulturelle Dialoge anzubieten.

Im Jahre 2003 hat das Experiment begonnen. Es hat sich in zweierlei Hinsicht als außergewöhnlich erwiesen: In seiner Dichte und seinem verpflichtenden Charakter. Die Initiative ging von CE-OSS aus, und das Angebot zur Kooperation bei der Organisation eines Ägyptisch-Deutschen Dialogs wurde von der Evangelischen Akademie Loccum aufgenommen. Nach drei Begegnungen in Kairo und vier in Loccum ist die Zeit gekommen, seine Auswirkungen einzuschätzen.

Etwa je 30 bis 50 Personen nahmen von ägyptischer wie deutscher Seite an jeder Runde des Dialoges teil. Sie repräsentierten ein breites Spektrum der religiösen Gemeinschaften in Ägypten und Deutschland. Hochschulprofessoren, Parlamentarier, Diplomaten, Journalisten und Akteure von Nichtregierungsorganisationen nahmen ebenso am Dialog teil.

Die ägyptische Botschaft in Berlin und die deutsche Botschaft in Kairo waren einbezogen. Begegnungen fanden statt mit Vertretern von Regierungen und Parlamenten in Deutschland und Ägypten. An ihnen beteiligten sich Minister und hochrangige religiöse Würdenträger.

³ Nach der 5. Dialogbegegnung stellte das Forum für Interkulturellen Dialog zwei Bulletins darüber zusammen, wie die ägyptischen Medien den Ägyptisch-Deutschen-Dialog behandelten und verschickte sie an die Teilnehmer und Interessierte. Aus einer analytischen Perspektive betonten die von teilnehmenden Journalisten verfassten Artikel die Bedeutung des deutschen Modells im Umgang mit unterschiedlichen religiösen Gemeinschaften, religiöse Institutionen eingeschlossen, in der Weise, dass es ihre Gleichbehandlung gegenüber Staat und in der Gesellschaft garantiere.

Öffentliche Aufmerksamkeit wurde dem Dialog auch auf den Buchmessen von Kairo und Frankfurt und den Kirchentagen in Hannover und Köln zuteil.

Den Ausgangspunkt des Dialogprojektes bildete die gemeinsame Überzeugung, dass um des Vorteils beider Seiten willen, der aus der Förderung von Verständigung erwächst, Kooperation und Lernen im interkulturellen Dialog zur Befestigung der Beziehungen zwischen Europäern und Arabern, die von ihrem Charakter her so lebenswichtig sind, einen positiven Beitrag leisten können.

Insofern war der Dialog auf Schlüsselthemen des Austausches und Vorstellungen fokussiert, die die kulturelle und soziale Entwicklung in Ägypten wie Deutschland in ihrem jeweiligen internationalen Kontext bestimmen. Besonderer Wert wurde auf das Selbstverständnis islamischer und christlicher religiöser Gemeinschaften gelegt und auf ihre Rolle, den Erfolg von Entwicklungsprozessen sicher zu stellen.

I. Die Themen und ihre tiefere Bedeutung

Die Themen der Dialogveranstaltungen verfolgten ein Grundmotiv: Modernisierungsprozesse in beiden Gesellschaften und ihre Auswirkungen auf die Religionen, auf die Sozialstrukturen, die politische Kultur sowie auf die mit traditionellen Orientierungen verbundenen Identitäten und deren Transformation.

1. Religion und Staat

Im Zentrum dieser Diskussion stand die Frage nach den unterschiedlichen Sichtweisen auf das Verhältnis von Staat und Religion. Auf deutscher Seite knüpfte sie an die historischen Entwicklungen an, die seit dem Westfälischen Frieden zum säkularen Staat und der Garantie der Religionsfreiheit im Rahmen staatskirchenrechtlicher Regelungen führten. Auf ägyptischer Seite bewegte sich die Diskussion im Spektrum zwischen der nationalstaatlichen Unterscheidung von Staat und Religion bei gleichzeitiger Respektierung der islamischen Orientierung der Staatsverfassung.

Während in Ägypten Teile des islamischen Rechtes in der Verfassung verankert sind, unterliegen die christlichen Kirchen speziellen Regulierungen. Während in Deutschland die evangelische und die katholische Kirche über einen öffentlich-rechtlichen Status verfügen, sind islamische Gemeinschaften privatrechtlich organisiert.

Angesichts der religiösen Vielfalt in beiden Staaten wirft das die Frage nach der Entwicklung ihrer jeweiligen künftigen Religionsverfassungen auf. In den Dialogen deutete sich an, dass die Entwicklungen eher vom Konzept der Gleichbehandlung der Religionen geleitet sein müssen, als durch das Konzept der strikten Trennung von Staat und Religion entlang des laizistischen Modells.

2. Der Staat und die Zivilgesellschaft

Die zivilgesellschaftliche Selbstorganisation in Initiativen und Nichtregierungsorganisationen gehört – darin waren sich die Dialogpartner einig – zur politischen Kultur moderner Gesellschaften in allen Handlungsbereichen (sozialen, kulturellen, ökologischen, menschenrechtlichen, internationalen u.a.m.). Zivilgesellschaftliche Organisationsformen verfügen jedoch nicht über ein legitimes politisches Mandat. Unterhalb der parlamentarischen und der Regierungsebene müssen ihnen dennoch Möglichkeiten zur Entfaltung im Rahmen der verfassungs- und sonstigen rechtlichen Vorgaben eingeräumt werden.

Allerdings existieren auch Gefahren in der Entwicklung von gesellschaftlicher Selbstorganisation außerhalb der rechtsstaatlichen Verfassung, wenn sich Aktivitäten temporär auf die Eroberung politischer Macht richten. Dadurch wird nicht nur der Zusammenhang der Gesellschaft, sondern auch das Rechts- und Gewaltmonopol des Staates in Frage gestellt. Ein Widerstandsrecht ist nur dann gegeben, wenn der Staat selbst gegen die modernen Verfassungsgrundsätze handelt und/oder seine Organe systematisch gegen die grundlegenden Menschenrechte verstoßen.

3. Staat und terroristische Gewalt

Staatliche Gewalt ist durch Rechtsstaatlichkeit legitimiert und darf nicht willkürlich und/oder selektiv ausgeübt werden. Ihre Anwendung setzt die Gleichbehandlung aller Bürgerinnen und Bürger vor dem Gesetz voraus ohne Ansehen von Geschlecht, Ethnie, Religion und sozio-ökonomischen Zugehörigkeiten. Im internationalen Kontext müssen Militäraktionen das Völkerrecht respektieren und dürfen nicht präventiv einseitig, sondern nur zur Selbstverteidigung eingesetzt werden. In diesem Zusammenhang diskutierten die Dialogpartner auch die Intervention zur Verteidigung der Legitimität internationaler Menschenrechte. Sie kamen zu der Auffassung, dass militärische Interventionen gegen Menschenrechtsverstöße nur durch die internationale Gemeinschaft (Vereinte Nationen) legitimiert werden können. Unilaterale Militäraktionen können keine Legitimität beanspruchen.

Terroristische Gewalt wird von den am Dialog von beiden Seiten Beteiligten einstimmig verurteilt. Insbesondere ihre religiöse Begründung oder die Inanspruchnahme religiöser Überzeugungen für die Rechtfertigung terroristischer Angriffe werden von den Dialogpartnern kategorisch zurückgewiesen. Allerdings gab es keine Übereinstimmung darüber, wo ein legitimes Widerstands- oder Selbstverteidigungsrecht endet und Terrorismus beginnt. Ein Anhaltspunkt dafür wurde jedoch da gesehen, wo unbeteiligte Zivilpersonen zum Ziel von Gewaltakten werden. Dies gilt ebenso für staatliche Gewalt. Die Religionsgemeinschaften haben nach gemeinsamer Auffassung im Interesse der Glaubwürdigkeit ihres Friedensauftrages die Verpflichtung, sich ihrer Inanspruchnahme zur Legitimierung jeder Art von terroristischer Gewalt – sei sie staatlich oder durch Einzelne und Gruppen verursacht – zu versagen.

4. Identität und Verschiedenheit von Religionen und Kulturen

Die Dialogpartner treten für positive wie negative Religionsfreiheit ein. Positive Religionsfreiheit umfasst dabei das Recht zur Ausübung der eigenen religiösen Rituale und zum Ausdruck individueller Glaubensüberzeugungen. Sie umfasst ebenso die zivilgesellschaftliche Betätigung religiöser Gruppen, solange sie sich innerhalb rechtsstaatlicher Regelungen bewegen und sich nicht an die Stelle legislativer, legaler und/oder exekutiver staatlicher Organe setzen. Negative Religionsfreiheit schließt die Diskriminierung derer aus, die weder Mitglied einer etablierten Religionsgemeinschaft sind noch irgendeiner anerkannten Religion angehören.

Die Dialogpartner sprachen sich dafür aus, kulturelle Selbstbestimmung besonders zu achten und ihr in nationalen wie internationalen Zusammenhängen besondere Wertschätzung einzuräumen. Kulturen begründen Zugehörigkeit und wirken der Entwurzelung gerade in einer sich globalisierenden Welt entgegen. Modernisierungsprozesse sollen nicht durch äußere Mächte gesteuert werden. Dabei ist uns bewusst, dass sich Gesellschaften – wo sie miteinander in Beziehung treten –beständig ändern und sich Exklusivität relativiert. Prozesse der Annäherung und gegenseitigen Öffnung sollten jedoch dialogisch und partizipativ erfolgen und nicht unter den Bedingungen hegemonialer Dominanz aufgrund militärischer, politischer, ökonomischer, tech-

nologischer und/ oder sozialer Asymmetrien. Hier sehen wir ein besonders spannungsgeladenes und explosives Beziehungsfeld, das aufgrund seiner Komplexität im nationalen wie internationalen Rahmen – auch vor dem Hintergrund der Migration – der besonders sensiblen Aufmerksamkeit bedarf.

Es kommt den Dialogpartnern darauf an, die Bedeutung gelingender Integrationsprozesse zu unterstreichen. Verschiedenheit als Reichtum einer Gesellschaft in den lokalen, regionalen und globalen Beziehungen zu erkennen, verlangt dabei nach intellektuellen und operativen Prozessen des Ausgleichs und der Konfliktregulierung.

II. Unterschiedliche Wahrnehmungen – Begriffe und ihre Bedeutungsgeschichte

Ein effizienter Dialog kann nicht nur konsensorientiert geführt werden. Es muss auch möglich sein, unterschiedliche Wahrnehmungen zu artikulieren und unterschiedliche Meinungen in gegenseitigem Respekt zu identifizieren. Dass dies eine wichtige Bedingung gelingender Dialoge ist, zeigte sich nicht nur im sich entwickelnden Verhältnis der ägyptischen und deutschen Dialogpartner zueinander, sondern auch in den unterschiedlichen Sichtweisen innerhalb beider Gruppen. Deshalb enthielt der Dialog zeitweise Phasen der Selbstverständigung, während derer die eine Gruppe der anderen eher zuhörte. Oft waren dies Phasen, die einen hohen Lerngewinn gerade für diejenigen bereit hielten, die zu Hörenden wurden.

Es wurde uns dabei sehr bewusst, dass der Klärung von Begrifflichkeiten grundlegende Bedeutung für das gegenseitige Verstehen zukommt. Dies machte sich insbesondere an Begriffen wie „Säkularisierung“, „Modernisierung“ und „Integration“ fest.

Die deutsche Seite stellte fest, dass im islamischen Kontext **Säkularisierung** besonders intensiv als ein Prozess wahrgenommen wird, der Religion aus dem öffentlichen Raum verdrängt. Säkularismus, der der Religion jeden Einfluss auf die öffentlichen Angelegenheiten abspricht und Säkularität liegen hier dicht beieinander. Von daher erklärt sich die Kritik am Säkularisierungsprozess „westlicher“, insbesondere europäischer Gesellschaften. Zugleich aber ist ebenso bewusst, dass eine religionsplurale Gesellschaft um der Gleichbehandlung der Religionen willen eines gewissen Ausmaßes an Säkularität bedarf.

Die ägyptische Seite stellte fest, dass im Selbstverständnis „westlicher“ Gesellschaften mit Säkularisierung auch eine positive Wahrnehmung der Emanzipation (Aufklärung) von dogmatischen, religiösen Ansprüchen verbunden ist. Säkularität – insbesondere des Staates – wird keineswegs als Bedrohung von Religionsgemeinschaften empfunden, solange positive und negative Religionsfreiheit garantiert sind. Zugleich ist aber ebenso festzuhalten, dass ein sich absolut setzender Säkularismus eben dieser Religionsfreiheit entgegensteht.

Säkularismus als Ideologie – so konnte gemeinsam festgehalten werden – wird weder in der ägyptischen noch in der deutschen Gesellschaft befürwortet. Säkularisierung ist allerdings ein Prozess, der im Zuge gesellschaftlicher Modernisierung auftritt und hinsichtlich seiner soziokulturellen Auswirkungen und politischen Bedingungen besonderer Aufmerksamkeit bedarf. Säkularität als Unterscheidung der politischen und der religiösen Sphären schließt ein offenes Kooperationsverhältnis zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften nicht aus, sondern ein.

Im ägyptischen Verständnis zeigte sich, wie stark der Begriff **Modernisierung** mit historischen Erfahrungen außen- und innengesteuerter Zwangsmaßnahmen einhergeht. Von daher weist er starke negative Konnotationen in der allgemeinen öffentlichen Meinung vor allem dann auf, wenn kulturelle, ethnische und religiöse Identitäten berührt werden.

Zugleich aber ist ebenso klar, dass es besonders im Prozess der Globalisierung darauf ankommt, Modernisierungsaspekten mit verstärkter Aufmerksamkeit zu begegnen. Die aus ihnen resultie-

renden innenpolitischen Konfliktpotenziale, insbesondere der gesellschaftlichen Diversifizierung können nur durch erhöhte Partizipation bearbeitet werden. Hier geht es auch um Fragen der Integrationsmöglichkeiten extremer Positionierungen.

Im deutschen Verständnis besteht ein enger Zusammenhang von Modernisierung und gesellschaftlichem Fortschritt. Modernisierungsprozesse sind hier eher positiv besetzt, traditionalistische Widerstände eher negativ. Modernisierung koppelt sich an ökonomische Prosperität und sozialen Aufstieg, weniger an kulturelle oder religiöse Identität. Bleiben ökonomische Prosperität und sozialer Aufstieg aus oder provoziert die Anwendung von Risikotechnologien ethischen Widerstand, werden Modernisierungsprozesse aber auch in ihrer Ambivalenz wahrgenommen und Gegenstand öffentlicher Kritik.

Integration verbindet sich im ägyptischen Kontext stärker mit politischen als mit religionskulturellen Aspekten. Im deutschen ist dies eher umgekehrt. Aus ägyptischer Perspektive liegt der Fokus stärker auf der Frage zivilgesellschaftlicher Partizipation und weniger auf der der Integration. Integration ist deshalb kein zentrales Thema, weil die ägyptische Identität aller Staatsbürger als ein gegebenes Faktum im Selbstverständnis der Gesellschaft gelten kann.

Dagegen verknüpft sich in Deutschland das Integrationsproblem mit der Frage religionskultureller Vereinbarkeiten von christlich geprägter Mehrheit und islamischen Minderheiten vor allem mit türkischem Migrationshintergrund. Die lange politische Verdrängung dieser Problematik hat auch dazu geführt, dass sich auf kommunalen Ebenen eine Parallelität der Kulturen herausbildete, die Integration erschwert. Erst jetzt kommt verstärkt zu Bewusstsein, dass im Bereich von Bildung, Ausbildung und Berufschancen gezielte Förderung von Migrationskulturen nötig ist, gerade auch auf dem Hintergrund der demografischen Entwicklung.

Das Problem der politischen Integrationsfähigkeit taucht zwar auch hier auf, ist aber auf die Abwehr gewaltbereiter politischer Extrempositionen beschränkt, selbst wenn es über die mediale Öffentlichkeit starke Aufmerksamkeit erfährt und in seiner Bedeutung unterschiedlich bewertet wird.

III. Problemfelder des Dialogs

Während dieser Jahre hinterließen Kriegshandlungen, Anschläge, krisenhafte Entwicklungen politischer, ökonomischer und sozialer Art ihren Einfluss auf die gegenseitige Wahrnehmung. Unterschiedliche Beurteilungen kamen besonders in den informellen Teilen der Begegnungen, aber auch in den Diskussionen und Beiträgen während des Programmteils zur Sprache. Dies verhinderte den Dialog und seine Fortsetzung nicht. Im Gegenteil: Es bestärkte die Dringlichkeit. Die unterschiedlichen Wahrnehmungen wurden in den Dialog einbezogen und konnten artikuliert werden. Darin zeigte sich, in welchem großem Maße das Vertrauen der Dialogpartner untereinander wuchs und auch bleibende Differenzen zwischen ihnen zu tragen imstande war.

Unterschiedliche Einschätzungen machten sich vor allem an den Trends der „großen“ Politik und ihrer Verarbeitung in den Medien fest.

Eine ehrliche „Hermeneutik“ des Dialogs muss die Muster benennen, die gegenseitiges Verstehen und Verständigung behindern. Wir sehen sie besonders wirksam in den Ängsten, die sich aufeinander projizieren, in der Übernahme doppelter Standards, die gemeinsam erkannte Werte praktisch unterlaufen und in Formen der Selbstbehauptung, die Kritik am eigenen Verhalten ausschließen.

1. Ängste

Ängste haben reale Begründungen. Interventionistische Kriege, Anschläge, Überlegenheits- und Dominanzansprüche, Verletzungen von Identität, blasphemische Übertreibung und Herabsetzungen von Glaubensüberzeugungen lösen Bedrohtheitsgefühle aus. Sie provozieren ebenso apodiktische Reaktionen. Wo sich dies zu allgemeingültigen Mustern gegenseitiger Wahrnehmung verfestigt, hat der Dialog keine Chance.

Im Interesse seiner Ermöglichung setzen wir uns deshalb dafür ein, gegen absolut gesetzte Verallgemeinerungen differenzierte Sichtweisen zu fördern. Sie sollen Erklärung und Diskussion auf unbefangene Weise ebenso zulassen wie Vertrauensbildung zwischen denen, die nicht polarisieren, sondern Lösungen in der Sache voranbringen wollen.

2. Doppelte Standards

Wenn wir über doppelte Standards reden, meinen wir Verhaltensweisen, die der eigenen Position Vorrang vor den gemeinsam für gültig erklärten Werten einräumen. Sie treten vor allem da auf, wo in asymmetrischen Beziehungen die Durchsetzung „eigenen Rechts“ erzwungen werden kann. Dabei gerät der objektiv Schwächere in eine Opferrolle. Solche Situationen verbinden sich mit Gefühlen der Ausweglosigkeit ebenso wie mit Formen von Gegengewalt. Hier droht Konfliktorientierung dialogische Verständigung zu überwältigen.

Im Interesse dialogfähiger Konfliktbearbeitung sprechen wir uns auf dem Hintergrund unserer eigenen Dialogerfahrungen dafür aus, jede Verwendung doppelter Standards deutlich zu benennen und sich mit ihnen auseinander zu setzen. Dabei muss darauf geachtet werden, dass persönliche Integrität nicht mutwillig beschädigt wird, und die Verständigung in der Sache Vorrang hat.

3. Selbstbehauptung und Selbstkritik

Selbstbehauptung ist eine legitime Form des Widerspruchs gegen Unterstellungen, Missdeutung, Nichtbeachtung und verbale Überwältigungsversuche. Zum Problem wird sie dann, wenn sie das Muster von Angriff und Verteidigung so befestigt, dass es kritische Reflexion nicht mehr zulässt. Eine selbstkritische Grundhaltung ist Voraussetzung für den Perspektivwechsel, der sich um die Wahrheit im Argument des Anderen bemüht und sie – selbst im bleibenden Dissens – anerkennt. Wo Selbstkritik der einen Seite von der anderen allerdings herabsetzend ausgenutzt wird, untergräbt dies das Vertrauen in die Wahrhaftigkeit des Dialogs.

Im Interesse eines auf gegenseitiges Verstehen und auf Wahrhaftigkeit angelegten Dialoges treten wir dafür ein, „geschützte Räume“ zu schaffen, in denen einerseits die selbstkritische Reflexion von Positionierungen möglich ist und andererseits die Sensibilität gefördert wird, solcher Selbstkritik die nötige Achtung entgegen zu bringen.

IV. Wie geht es weiter?

Die Dialogpartner sind sich einig, dass Dialoge dieser Art, die zivilgesellschaftliche, staatliche, religiöse und wissenschaftliche Akteure, Intellektuelle und Medien einschließen, eine wichtige Rolle für die gegenseitige Wahrnehmung und den Umgang mit Diversität spielen. Ägypter und Deutsche, die als Brückenbauer zwischen Europa und der arabischen Welt agieren, können wichtige Multiplikatoren aus unseren Ländern zusammenbringen und ihnen die Entwicklung differenzierter Sichtweisen ermöglichen, die in krisenhaften Situationen zur Vertrauensbildung beitragen mögen. Dies ist angesichts der geografischen Nachbarschaft und der gemeinsamen

schwierigen, nicht selten gewaltsamen Geschichte von außergewöhnlicher Bedeutung für die Zukunft beider Länder.

Das gilt in besonderem Maße auch für die jüngere Generation, die in die Verantwortungsbereiche unserer Gesellschaften hineinwächst. Jungen Verantwortungseliten die Möglichkeit zur Teilnahme an solchen Dialogprojekten zu eröffnen, soll daher der nächste Schritt im Rahmen unserer Initiative sein.

Wir sprechen uns auf dem Hintergrund unserer eigenen Dialogerfahrungen dafür aus, ein Young-Leaders-Dialog-Projekt zu entwickeln. Es soll junge Verantwortungseliten aus beiden Ländern berufsübergreifend und berufsspezifisch zusammenbringen, insbesondere diejenigen, die bisher wenig Erfahrungen mit internationalen Begegnungen haben. Darin sehen wir eine Verantwortung zur Unterstützung friedlicher Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern und darüber hinaus.